

*Verwaltungsgeschichte und NS-Alltag in
Heidelberg*

**Der Heidelberger Stadtrat über
Hakenkreuzfahnen (Protokoll)**

- 1) Beschreibt die Quellen und Materialien (äußere Merkmale und Inhalt).
- 2) a) Recherchiert aus der Literatur den historischen Kontext zu den Quellen und Materialien.
b) Stellt Zusammenhänge zwischen den Quellen und Materialien her.
c) Formuliert eure Ergebnisse als zusammenfassende These.
- 3) Überlegt euch Möglichkeiten der Visualisierung für eure These auf Grundlage der Quellen, Materialien und der Literatur.
- 4) Gestaltet ein Plakat aus Bildmaterial und eigenen Texten.

Vor Eintritt in die heutige Tagesordnung möchte ich Ihnen kurz berichten über die Vorgänge, die zum Aufziehen der Hakenkreuzfahne und der Fahne Schwarz-Weiß-Rot geführt haben. Ich wurde am Montag (6. März) Vormittag 7 Uhr von dem Führer der Heidelberger SA telefonisch angerufen und benachrichtigt, daß auf dem Rathaus in den frühen Morgenstunden die Hakenkreuzfahne aufgezogen und nachher von dem Hausmeister wieder entfernt worden wäre. Ich wurde gebeten, Anweisung zu erteilen, daß die Fahne wiederum gehißt werde. Ich habe aber abgelehnt, dem Hausmeister eine solche Anweisung zu erteilen, da er korrekt und pflichtgemäß gehandelt hatte. Als ich auf das Rathaus kam, stellte ich fest, daß die Fahne wiederum gehißt war. Ich habe daraufhin dem Herrn Landeskommissär³² Mitteilung gemacht, indem ich wörtlich erklärte: "Ich will die Fahne entfernen. Wird von der Staatsregierung polizeilicher Schutz gewährt?" Der Herr Landeskommissär antwortete, daß der Innenminister auf dem Standpunkt stehe, daß wegen der Fahnenfrage Blutvergießen vermieden werden soll und polizeilicher Schutz nicht zu erwarten sei. Seine Stellungnahme sei nicht endgültig, er wolle später nochmals anrufen. In der Zwischenzeit habe ich mir von der Polizeidirektion bestätigen lassen, daß auch dort der Standpunkt des Innenministers bekannt ist und polizeilicher Schutz nicht gewährt wird. Kurz darauf hat mir der Herr Landeskommissär endgültig mitgeteilt, daß polizeilicher Schutz nicht erteilt wird. Ich habe dem Herrn Landeskommissär geantwortet, daß ich keine Möglichkeit sehe, das Aufziehen der Fahne zu verhindern und von weiteren Maßnahmen absehen müsse. Inzwischen habe ich mehrfach die SA ersucht, die Fahnen zu entfernen. Heute früh (9. März) 10 Uhr sind sie von der SA abgeholt worden. Entgegen anders lautender Gerüchte hat nach meinen Feststellungen niemals die Absicht bestanden, auf staatlichen Gebäuden oder dem Universitätsgebäude die Hakenkreuzfahne aufzuziehen.

Ich habe diese Mitteilung dem Stadtrat gemacht, weil ich Wert darauf lege, daß auch die Presse und diejenigen Kreise unterrichtet werden, die deshalb bei mir angefragt haben.

Stadtrat Harrer: Ich stelle den Antrag, in eine Aussprache über die Sache nicht einzutreten.

Oberbürgermeister Dr. Neinhaus: Ich bitte um Abstimmung über diesen Antrag (Zwischenruf Wetzlar: Die Tatsachen sprechen ja für sich!)
(Die Abstimmung ergibt, daß die Mehrheit dem Antrag zustimmt).

Die nationalsozialistische Bewegung übernimmt auch in Heidelberg die Macht! Unsere Hakenkreuzfahnen wehen auf Bezirksamt, Polizeikasernen, Univeristät und allen öffentlichen Gebäuden. In: Volksgemeinschaft Nr. 59 vom 10. März 1933

Der Tag der Uebernahme der Polizeigewalt in Baden durch unseren Gauleiter Robert Wagner als Kommissar Adolf Hitlers sah die Heidelberger SA und SS, ja die gesamte Parteigenossenschaft gerüstet! Fieberhafte Spannung herrschte den ganzen gestrigen Vormittag und kurz nach 3.15 Uhr werden wohl tausende und abertausende Heidelberger Volksgenossen am Radio gesessen haben, um die erste Botschaft unseres Gauleiters als Kommissar des Reichs zu hören. Um 4 Uhr setzte sich die gewaltige Herrsäule der braunen Bataillone vom Horst Wessel-Haus aus in Bewegung, durch die Hauptstraße zum Bezirksamt. Mit Windeseile hatte es sich herumgesprochen: Adolf Hitlers politische Soldaten marschieren. Tausende und abertausende von Volksgenossen begleiteten den Aufmarsch auf beiden Seiten. Die Begeisterung der Bevölkerung klang zusammen mit den forsch gespielten Märschen der SA-Kapelle.

Vor dem Bezirksamt nahm SA, SS und eine Abteilung Stahlhelm Aufstellung. Auf dem Balkon wurden zwei Hakenkreuzfahnen und eine alte Reichsfahne gehißt, unter nicht endenden Heilrufen der an mehrere tausend zählenden Zuschauer. Zusammen mit den SA-, SS- und Stahlhelmführern betrat Pg. Kreisleiter Röhn den Balkon des Bezirksamtes, um dort zu den versammelten Volksgenossen zu sprechen: Pg. Röhn führte u. a. aus: „14 Jahre haben wir um die Macht mit allen Mitteln gekämpft, nur nicht mit Gewalt, sondern ehrlich immer um die Seele jedes einzelnen Volksgenossen gerungen. Jetzt haben wir die Macht in die Hände genommen, obwohl sich gewisse Länderregierungen hinter Formalien flüchten wollten, um sich um die Folgerungen des 5. März möglichst lange herumzudrücken. Ja, sie haben sogar noch versucht, sich mit Gewalt zu wehren. Diesen Versuch hat die nationale Haltung der badischen Polizei sehr schnell erledigt. Genau so ruhmlos, wie sie 1918 in die Sessel hineingerutscht sind, rutschen sie heute wieder heraus. Wir stehen heute mitten in einer Umgestaltung. Diese bedeutet aber nicht wie 1918 Zerstörung alles Bestehenden, sondern Aufbau des nationalsozialistischen Staates. Wir wollten und wollen nichts für uns, aber alles für Deutschland!

Nach einem dreifachen Heil auf den Führer Adolf Hitler und unser Vaterland erscholl das Deutschlandlied vieltausendstimmig über den weiten Platz! Anschließend gedachte Kreisleiter Röhn an diesem Jubeltag des deutschen Heidelbergs derjenigen, die ihr Leben für Deutschlands Freiheit geopfert haben – von feigen Meuchelmördern hingestreckt! Zur SA und SS gewandt fuhr Pg. Röhn fort: Ihr tragt heute zum ersten Male euere Waffen, haltet sie heilig. Denkt daran, daß wir großmütig sein wollen gegenüber unseren Gegnern, die heute noch nicht bei uns stehen! Wer aber den Aufbau des nationalsozialistischen Reiches stören will, gegen den werden wir mit allen Mitteln durchgreifen. Mit dem Horst Wessel-Lied – zum Gedenken unserer Toten schloß die denkwürdige Kundgebung.

Anschließend wurden auf fast allen öffentlichen Gebäuden die Fahnen der nationalen Erhebung gehißt. Noch vorgestern hatte sich der Herr Professor Alfred Weber über unsere Fahnen auf dem Rathaus beschwert. Heute wehen unsere Banner von seinem Institut und dem gegenüberliegenden Zeitungsinstitut des Herrn von Eckardt.

Unter dem Gesang des Deutschlandliedes wurden unsere Banner auf der Polizeikaserne, auf dem Amtsgericht, auf der Reichsbank, Reichspost – und auf der Universität gehißt. Heute morgen 8.30 Uhr wird unser Banner auf der Reichsbahn aufgezogen.

Quelle 3:

Prof. Alfred Weber im Heidelberger Tageblatt vom 7. März 1933, S.6

Eingesandt!

Parteifahnen auf dem Rathaus

Zu meinem Erstaunen habe ich gesehen, daß Parteifahnen, welche gestern vormittag am Rathaus angebracht worden sind, auch heute vormittag dort wieder herabhängen. Ich gestatte mir die Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister und die sonst verantwortlichen Instanzen, welche Gründe sie veranlaßt haben, das Verwaltungsgebäude der Stadt, in dem alle Bürger der Stadt gleiche Rechte haben, zum Gegenstand einer Parteidemonstration werden zu lassen. Sollte keine genügende öffentliche Auskunft gegeben werden, so müßte ich annehmen, daß ich nicht mehr in einem Staat lebe, in dem alle Bürger gleichberechtigt sind.

Eingesandt.

Parteifahnen auf dem Rathaus!

Zu meinem Erstaunen habe ich gesehen, daß Parteifahnen, welche gestern vormittag am Rathaus angebracht worden sind, auch heute vormittag dort wieder herabhängen. Ich gestatte mir die Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister und die sonst verantwortlichen Instanzen, welche Gründe sie veranlaßt haben, das Verwaltungsgebäude der Stadt, in dem alle Bürger der Stadt gleiche Rechte haben, zum Gegenstand einer Parteidemonstration werden zu lassen. Sollte keine genügende öffentliche Auskunft gegeben werden, so müßte ich annehmen, daß ich nicht mehr in einem Staat lebe, in dem alle Bürger gleichberechtigt sind.

Heidelberg, den 7. März 1933

Professor Alfred Weber.

Quelle 4: Aus der nationalsozialistischen Zeitung „Volksgemeinschaft“

Seeger-Kelbe: Noch einmal. Der gleichberechtigte Staatsbürger Weber, In: Volksgemeinschaft vom 11. März 1933

„Manch einer lernt es nie und auch dann noch unvollkommen.“ Dieses Wort scheint auf den Heidelberger Professor Dr. Alfred Weber zuzutreffen. Wir hätten keinen Anlaß, uns mit diesem Staatsbürger noch einmal zu befassen, wenn nicht Herr Weber selbst Anlaß dazu gegeben hätte! Er hat es für angebracht gehalten, die auf der Fahnenstange vor seinem Institut (Palais Weimar) gehißte Fahne des erwachten Deutschlands durch den Institutsdiener herunterholen zu lassen. Abgesehen von der Ausichtslosigkeit dieser Maßnahme, (die Flagge wurde gestern wieder gehißt und wird nun von vier SA- und SS-Männern bewacht) haben wir grundsätzlich zu diesem Fall folgendes zu sagen:

Wir wollen hier nicht über die „weit über Deutschlands Grenzen hinausgehende Bedeutung des „großen Gelehrten Weber“ sprechen. Das mögen diejenigen Fachgelehrten tun, die dazu berufen sind. Wir wollen uns hier den „Politiker“ Weber vorknüpfen. Herr Weber als Soziologe sollte zumindest so viel Einsicht in die politische Wirklichkeit haben, daß er die Nutzlosigkeit seiner Proteste einsähe. Herr Weber scheint sich bei seinem demonstrativen Vorgehen nicht überlegt zu haben, daß er durch seinen Protest gegenüber der Regierungsgewalt des neuen Deutschland seine Kollegen in Mitleidenschaft zieht, die vielleicht politisch auf einem anderen Standpunkt stehen. Mit anderen Worten: Wenn wir also das „Insosta“ (zu deutsch Institut für „Sozial- und Staatswissenschaft“) angreifen, so bedeutet das selbstverständlich zunächst nur einen Angriff auf seine Stütze, den Herrn Professor Weber! Angebliche Erklärungen von „Fachschaften“ dürfen die Öffentlichkeit nicht darüber täuschen, daß gegenwärtig ein großer Teil der Studentenschaft nicht mehr anwesend ist!

Wir stellen an Herrn Professor Alfred Weber nochmals folgende Fragen:

1. Haben Sie in einer Zeitung protestiert, Herr Weber, als im Jahre 1918 die roten Seeräuberfetzen auf den öffentlichen Gebäuden Deutschlands gehißt wurden?
2. Haben Sie in einer Zeitung protestiert, Herr Weber, als der deutsche Wissenschaftler Professor Lenard von marxistischen Lumpen schmählich mißhandelt wurde? —

Ehe Sie diese beiden Fragen nicht eindeutig beantwortet haben, und zwar ebenso öffentlich wie Ihre Anfrage im „Heidelberger Tageblatt“, bestreiten wir Ihnen jedes Recht, überhaupt Kritik an den gegenwärtigen Vorgängen in Deutschland zu üben.

Wenn Sie Ihr Institut zum Zeichen des Protestes schließen, so schädigen Sie da-

mit nicht uns, sondern deutsche Studenten, wahrscheinlich auch sehr viel Juden, die von Ihnen geprüft und als "soziologisch würdig" befunden werden sollen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Unsere Feststellung über Ihre mangelhafte Beherrschung der deutschen Sprache hat mancherorts den Eindruck erweckt, als ob wir Sie mit allen Mitteln "schlecht machen" wollten! Sollten Sie es für notwendig halten, so sind wir gerne bereit, Kostproben aus Ihren Kollegs zu veröffentlichen, ganz ohne Kommentar und wir sind überzeugt, daß diese Kostproben in geradezu "Globaler Relevanz" (zu deutsch: in weltweiter Bedeutung) beweisen werden, daß unser Urteil noch sehr milde ausgefallen ist.

Quelle 5: Aus der nationalsozialistischen Zeitung „Volksgemeinschaft“

Auch in Heidelberg wird gesäubert. In: Volksgemeinschaft vom 22. März 1933

Von der Stadtverwaltung wird uns mitgeteilt: Der Oberbürgermeister hat in einer Besprechung mit der Rathausfraktion der NSDAP sich damit einverstanden erklärt, daß eine kleinere Kommission durch Einsichtnahme in die Akten insbesondere der Personalverwaltung die Grundlagen für die zu erwartende künftige Neuregelung der Verwaltung auch in personeller Hinsicht sicherstellt. Der Oberbürgermeister wird in enger Fühlungnahme mit der Rathausfraktion der NSDAP die infolge der allgemeinen Umstellung der politischen Verhältnisse erforderlichen Maßnahmen in der Stadtverwaltung durchführen. —

Obwohl die Fraktion der NSDAP auf dem Heidelberger Rathaus zahlenmäßig stark vertreten war, reichte es bisher leider doch nicht zu einer Rechtsmehrheit. Durch die veränderte politische Lage und die Tatsache, daß in Heidelberg nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl eine Rechtsmehrheit bei einer Neuwahl des Stadtparlaments entstehen würde, haben wir Mittel und Wege gefunden, um den notwendigen Einfluß bei der Verwaltung unserer Stadt zu erreichen. Wir werden bei aller Gerechtigkeit mit voller Strenge nach dem Rechten sehen und im Rathaus das Großreinemachen dort beginnen, wo es notwendig geworden ist. Daß eine Notwendigkeit hierfür besteht, darüber brauchen wir kaum Worte zu verlieren. Die Erfolge unserer Arbeit, die sich vor allem auch in Kürzungen der Gehälter der höheren Beamten auswirken wird, werden wir rechtzeitig bekanntgeben.

Quelle 6:

Festnahme kommunistischer Funktionäre. In: Heidelberger Tageblatt vom 4. März 1933, S.5

Von der Heidelberger Polizei wurden etwa 20 Funktionäre der hiesigen kommunistischen Partei in Schutzhaft genommen und in die alte Kaserne gebracht. Die Festnahme erfolgte aus Sicherheitsgründen zwecks Verhinderung kommunistischer Terrorakte. Unter den Festgenommenen befinden sich die Stadträte Böhring und Böhner. Weiter kamen noch sechs Personen wegen Verteilung verbotener Wahlflugblätter und verbotener politischer Druckschriften zur Anzeige.

(Verbotenes Aufkleben von Wahlplakaten) Zur Anzeige gelangten vier Personen wegen verbotenen Auklebens von Wahlplakaten der kommunistischen Partei.

Quelle 7: Anordnung des Bürgermeisters Carl Neinhaus

DER OBERBÜRGERMEISTER

Heidelberg, den 23. Juni 1933

An die

Stadtämter und Dienststellen und Sparkasse,
sowie Direktion der städt. Werke:

Aufgrund des Verbots der Sozialdemokratischen Partei werden die städt. Ämter und Dienststellen angewiesen, die Sozialdemokratischen Mitglieder des Bürgerausschusses und des Stadtrats sowie der städtischen Ausschüsse zu Sitzungen nicht mehr einzuladen und zu sonstigen Dienstgeschäften der Stadtverwaltung nicht mehr hinzuzuziehen. Weitere Massnahmen bleiben bis zum Erlass der Vollzugsbestimmungen der Badischen Landesregierung vorbehalten.

Dr. Neinhaus.

Welker.

Quelle 8: Aus der nationalsozialistischen Zeitung „Volksgemeinschaft“, 26. Juni 1933

Reif für Kislau!

Die roten Hetzer Rausch und Kilger verhaftet

Zwei bekannte Heidelberger rote Bonzen, der frühere Vorstand des Buchdruckerverbandes, Genosse Adolf Rausch, mit dem sich die »Volksgemeinschaft« schon in mehreren Artikeln beschäftigte, und der ehemalige Stadtrat Kilger, wurden am Samstag verhaftet. Beide stehen im Verdacht, sich auf verschiedenen Baustellen des Stadtgebietes herumgetrieben und dort versucht zu haben, Arbeiter in marxistischem Sinne aufzuhetzen. So wie wir die beiden Hetzer kennen, glauben wir ganz gerne, daß sie alles versuchen, um wieder jene Zeiten herbeizuwünschen, wo sie auf Kosten des schaffenden Volkes vor gefüllten Milchtöpfen die soziale Frage für sich zu lösen verstanden. Der Nationalsozialismus wird diesen Volkszerstörern ein für allemal ihr Handwerk legen und dafür sorgen, daß die Zeiten der Verhetzung nie wiederkehren werden. Für unverbesserliche Hetzer wie die beiden Verhafteten Rausch und Kilger halten wir die schärfsten Strafen gerade noch mild genug, da beide schon als berufsmäßige Hetzer anzusehen sind.

Quelle 9: Lebenslauf des SPD-Stadtrates Adolf Rausch

Lebenslauf

Am 12. Dezember 1899 bin ich in Heidelberg als Sohn des Buchdruckers Karl Rausch geboren.

Nach Absolvierung der Volksschule kam ich am 1. April 1914 als Buchdruckerlehrling zu der Firma Heidelberger Tageblatt. Nach 2 1/2 jähriger Lehrzeit Gesellenprüfung und Einberufung zum Militär bis Kriegsende.

1919 - 1933 war ich als Maschinenmeister bzw. Obermaschinenmeister in der "Unterbadischen Verlagsanstalt" Heidelberg (Verlag der sozialdemokratischen Volkszeitung Heidelberg) tätig. Dort hatte ich neben meiner technischen Arbeit reichlich Gelegenheit, Einblick in die kaufmännische Leitung zu nehmen, besonderes Interesse am Verlagswesen.

Mit der Machtübernahme durch Hitler konnte ich im Druckgewerbe nicht mehr tätig sein. Von 1933 - 1937 war ich arbeitslos. Die Druckfarbenfabrik Jänecke & Schneemann, Hannover, stellte mich trotz meiner politischen Belastung als Vertreter ein. Dadurch war meine wirtschaftliche Grundlage einigermaßen hergestellt.

Nach dem Einmarsch der amerikanischen Armee stellte ich mich einen Tag später zur Mitarbeit zur Verfügung. Seit dieser Zeit Stadtrat in Heidelberg.

Im Einvernehmen mit der Militärregierung in Neustadt trat ich in die Regierung Dr. Heimerich ein und habe als Präsidialdirektor das Ressort Arbeit und Wohlfahrt verwaltet.

Nach 1945 erhielt ich Lizenz als Verleger.

Politischer Lebenslauf

- Von 1917 - 1933 war ich Mitglied der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften
- 1920 gründete ich die Arbeiterjugend Heidelberg
- Von 1924 - 1933 Vorsitzender des Bezirksverbandes der Deutschen Buchdrucker
- 1919 habe ich die Arbeiterwohlfahrt Heidelberg gegründet und war deren Vorsitzender bis 1933.
- 1926 - 1933 Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells Heidelberg (A D G B)
- 1933 durch die NSDAP aus sämtlichen Ämtern entfernt und mit Gefängnis bestraft.
Nach der Entlassung hatte ich 25 Wochen Stadtverbot.
- 1933 - 1945 Überwachung durch die Gestapo und NSDAP
- 1944 bei der allgemeinen Verhaftungswelle in Verbindung mit dem 20. Juli Konzentrationslager in Dachau.

Alle Funktionen wurden ehrenamtlich durchgeführt.

Quelle 10: Das Heidelberger Rathaus mit Hakenkreuzfahnen



Quelle 11: Oberbürgermeister Carl Neinhaus (1952)



Quelle 12: SPD-Stadtrat Adolf Rausch



Material 1: Reichstagswahlen 1919-1933 in Heidelberg (H)/Baden (B)/Reich (R) – Gegenüberstellung der Stimmenverteilung

Wahl vom	in	Stimm- berechtigte in 1000	Wahl- beteiligung in %	SPD	USPD	KPD	Z ¹	DDP ²	DVP	Wirt- schafts- partei	EvVD ³	DNVP ⁴	NSDAP ⁵	Sonst.
19.1.1919 ⁶	H	42,8	83,0	33,0	-	-	18,6	35,0	-	-	-	13,4	-	-
	B	1254,2	84,4	34,8	-	-	36,2	21,5	-	-	-	7,5	-	-
	R	36766,5	83,0	37,9	7,6	-	19,7	18,6	4,4	0,7	-	10,3	-	0,6
6.6.1920	H	44,9	79,6	23,0	10,8	1,6	15,0	18,2	18,8	-	-	12,7	-	-
	B	1302,3	73,0	20,1	10,9	1,5	36,4	12,3	6,8	-	-	12,0	-	-
	R	35949,8	79,1	21,6	18,0	2,0	17,8	8,4	14,0	0,8	-	15,1	-	2,3
4.5.1924	H	52,9	66,6	16,8	0,5	11,5	15,6	14,0	13,0	-	-	10,8	12,3	5,5
	B	1402,1	67,9	15,2	0,7	10,1	34,6	7,8	7,9	-	-	8,1	4,8	10,8
	R	38375,0	77,7	20,5	0,8	12,6	16,0	5,7	9,2	2,4	-	19,5	6,6	6,1
7.12.1924	H	52,3	74,0	23,6	0,5	7,6	16,4	16,5	13,8	-	-	12,8	4,2	4,6
	B	1421,2	71,0	19,9	0,7	6,5	34,5	9,3	9,8	1,7	-	8,9	1,9	6,8
	R	38987,3	78,8	26,0	0,3	9,0	17,3	6,3	10,1	3,3	-	20,5	3,0	4,2
20.5.1928	H	56,5	70,0	25,5	0,2	9,3	15,0	10,9	18,0	-	-	9,3	4,3	7,7
	B	1495,8	61,7	22,5	0,3	7,4	32,8	7,0	9,5	3,4	-	8,1	2,9	6,1
	R	41224,7	75,6	29,8	0,1	10,6	15,2	4,9	8,7	4,5	-	14,2	2,6	9,4
14.9.1930	H	57,8	83,7	18,7	-	10,6	14,1	13,9 ⁷		-	5,0	3,0	30,2	4,4
	B	1569,9	75,9	17,9	-	9,6	29,9	9,7		2,9	4,9	2,8	19,2	3,1
	R	42957,7	82,0	24,5	0,0	13,1	14,8	3,8	4,5	3,9	2,5	7,0	18,3	7,6
31.7.1932	H	60,3	86,7	17,6	-	11,0	16,7	3,4	2,1	-	2,3	4,9	41,0	1,0
	B	1620,5	79,3	13,6	-	11,3	29,1	2,2	1,2	0,5	1,6	3,0	36,9	0,6
	R	44226,8	84,0	21,6	-	14,3	15,7	1,0	1,2	0,4	0,9	5,9	37,3	1,8
6.11.1932	H	60,0	84,6	16,6	-	13,4	15,2	3,6	3,2	-	2,6	7,6	37,1	0,8
	B	1614,2	74,4	13,0	-	14,3	27,8	2,3	2,0	0,3	1,8	4,0	34,1	0,5
	R	44373,7	80,6	20,4	-	16,9	15,0	1,0	1,9	0,3	1,2	8,3	33,1	2,0
5.3.1933	H	59,9	90,6	14,7	-	11,2	15,1	2,6	1,7	-	2,1	7,0	45,7	-
	B	1633,0	85,3	11,9	-	9,8	25,4	1,5	1,0	-	1,3	3,6	45,4	0,1
	R	44685,8	88,7	18,3	-	12,3	13,9	0,9	1,1	-	1,0	8,0	43,9	0,6

¹ 1919 Zentrum, ab 1920 im Reich Zentrum und BVP

² Ab 1930 Deutsche Staatspartei

³ EvVD, im Reich Christlich-sozialer Volks-Dienst

⁴ 1933 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

⁵ 1924 Nationalsozialistische Freiheitsbewegung

⁶ Wahl zur deutschen Nationalversammlung

⁷ Einheitsliste Deutsche Staatspartei/DVP

Material 2: Grabstein von Carl Neinhaus auf dem Heidelberger Bergfriedhof



Thomas Heber

„Der Nationalsozialismus übernimmt auch in Heidelberg die Macht [1]

Aspekte der „Machtergreifung“ in Heidelberg

Als am Abend des 30. Januar 1933 ein Fackelzug durch Berlin zum Reichstag zog, um dort vor dem neuberufenen Reichskanzler Adolf Hitler „revolutionäre Kraft und patriotische Solidarität“ (der ehemalige Heidelberger Student Goebbels) zu demonstrieren, manifestierte er endgültig das Ende einer Epoche deutscher Geschichte. Wochen später war die vielbeschworene Krise des parlamentarischen Parteienstaates zu Ende - es gab ihn nicht mehr.

„Doch im Bewußtsein der Zeitgenossen bildete der 30. Januar keineswegs die Zäsur, die wir heute in ihm sehen“ [2]. Die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik hatte längst aufgehört zu funktionieren. Hervorgegangen aus dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und im Juli 1919 von einer großen Mehrheit der freigewählten Nationalversammlung bestätigt, wurde sie kein stabiles Staatswesen. Die schwere militärische Niederlage, die ihr die Monarchie gleichsam als Erbe übertragen hatte, und der damit verbundene Zwang zu einem Friedensschluß bedrohte ihre wirtschaftliche und politische Entwicklung von Anfang an aufs äußerste. Weite Kreise der Bevölkerung neigten nur allzu schnell dazu, der neuen politischen Ordnung die Schuld an den Schwierigkeiten, die aus dem Erbe des alten Regimes und eines vierjährigen Krieges sowie den Bedingungen eines harten Friedens erwachsen, anzulasten. Mit der Erinnerung an eine glückliche Vorkriegszeit verband sich das Verlangen, statt der schwerfälligen glanzlosen parlamentarischen Demokratie, wenn nicht das verlorene Kaiserreich, so doch eine straffere Staatsführung zu erlangen [3].

Die Linke wiederum focht mit den Parolen der sozialen Revolution und des Antimilitarismus, um die Republik als bürgerlich-kapitalistisches System zu bekämpfen. „Versailles“ und „Revolution“ gerieten zu Schlachtrufen dieses antidemokratischen Potentials. Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise,

die seit Ende 1929 die ökonomische Lage und mit dem riesigen Anwachsen der Arbeitslosigkeit die soziale und psychologische Situation aufs bedrohlichste veränderte, bildete einen guten Nährboden für den Aufstieg des Nationalsozialismus. Anders als in den Krisenjahren 1920-1923, in denen der entschlossene Demokrat Friedrich Ebert als Reichspräsident die Republik vor größerem Schaden bewahrte, hatte jetzt der greise, politisch wenig gebildete, ehemalige kaiserliche Feldmarschall Hindenburg dieses Amt inne, der von einer tiefen Abneigung gegen die zivile, republikanische Politik erfüllt war. Fortan regierten Präsidialkabinette, die mit Hilfe von Notverordnungen nach Artikel 48 das Parlament immer stärker entmachteten. Die Gewöhnung an das Regieren ohne Parlament brachte schließlich dem erklärten Gegner des parlamentarischen Regierungssystems, Adolf Hitler, die Möglichkeit, die Macht auf formal legalem Weg zu gewinnen. Die Übertragung der Macht an Hitler am 30. Januar 1933 wurde der Auftakt zur systematischen Zerstörung der parlamentarischen Demokratie. „An die Schalthebel der Macht war ein Mann gelangt, der eine ihm bedingungslos ergebene Massenpartei sowie eine nach Hunderttausenden zählende paramilitärische Organisation hinter sich hatte und der in all den Jahren eines skrupellos geführten Kampfes gegen den Staat von Weimar nie ein Hehl daraus gemacht hatte, daß sein Ziel die Zerstörung der Republik, die Abschaffung der Demokratie, die brutale Unterdrückung und Verfolgung aller politischer Gegner war“ [4].

Wie bildeten sich diese Entwicklungen aber auf der Mikroebene ab? Welches waren die Bedingungen und unmittelbaren Auswirkungen der Machtübernahme in Heidelberg?

Von dem Standpunkt ausgehend, daß die Regierungsübernahme der NSDAP in erster Linie im Demokratieverständnis der deutschen Bevölkerung erklärbar wird, ist das Wahlverhalten der Heidelberger bis 1933, zumal quellenmäßig gut belegt, interessant.

Von hoher Bedeutung für die Zusammensetzung der Parteienlandschaft schon lange vor den Wahlen der Weimarer Republik ist die Konfessionsstruktur der Neckarstadt. Sie entsprach etwa der des Deutschen Reiches (DR: 64 % prot.,

32 % kath., HD: 62,5 % prot., 32,9 % kath.) nahm aber im mehrheitlich katholischen Baden (39,4 % prot., 58,4 % kath.) eine protestantische Sonderstellung ein. Darüber hinaus ist die lange Tradition liberaler Regierungen in Baden seit dem Vormärz zu beachten. Die Nationalliberalen, als staatstragende Kraft, prägten deswegen auch Behörden und Verwaltungen, während diese Rolle im Reich bei den Konservativen lag, die in Baden als eigenständiger politischer Faktor fehlten. Ebenso abweichend von der Situation im Reich und besonders in Heidelberg, präsentierte sich die Zentrumsparterie in Baden in der Oppositionsrolle. Die Sozialdemokraten schließ-



Abb. 1 Heidelberger Hauptstraße mit Hakenkreuzfahnen, 1933, AH 8313820.

lich als dritte politische Kraft wurden seit 1898 in Wahlbündnissen zum Partner der Liberalen, was sie, ebenfalls anders als im Reich, zur staatstragenden Kraft machte.

Aus dieser Konstellation heraus erklärt sich ein Faktor des Aufstiegs der NSDAP und der damit verbundene Niedergang des parlamentarischen Systems von Weimar gerade in Heidelberg als ein Wechsel der Wählergunst vom liberalen ins nationalsozialistische Lager.

Die Zersplitterung der Liberalen in wechselnde Parteien wie DDP, DVP und DNVP, begleitet von einer reichsweiten Abnahme des liberalen Stimmenanteils überhaupt, begünstigte die Stärkung der antidemokratischen NSDAP für die offensichtlich eine hohe Anfälligkeit vorhanden war. Grund dafür bot sicherlich neben dem hohen Anteil protestantischer Wähler die Wirtschaftsstruktur Heidelbergs mit ihrem geringen Industrialisierungsgrad und ihrem mittelständigen Charakter. „Heidelberg präsentiert sich demnach als Verwaltungs- und Fremdenverkehrszentrum, als Stadt, deren geringer Industrialisierung ein unterdurchschnittlicher Anteil von Arbeitern an den Erwerbstätigen entspricht.“ (5) Dies spiegelt sich auch im Status der Universitätsstadt wider. 1933 sind noch mehr Menschen in der Landwirtschaft erwerbstätig als im größten industriellen Teilbereich, dem Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau (7 % zu 4,65 %). Schon bei den Landtagswahlen 1929 erreichen die protestantisch-agrarischen Stimmbezirke gute Ergebnisse für die NSDAP, die vor allem auf Kosten der SPD und DVP gehen. Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 und 31. Juli 1932 bringen eine Polarisierung der Wählerschaft zwischen SPD und KPD auf der einen und NSDAP auf der anderen Seite. DDP und DVP versuchen, um das liberale Lager zu retten, eine Verbindung. Die DNVP ist praktisch verschwunden.

Die Zentrumsparterie konnte ihr Wählerpotential im wesentlichen halten, verbesserte sich sogar ab 1929 leicht. Es überrascht nicht, daß für die Ergebnisse in den einzelnen Stimmbezirken in Heidelberg eindeutig der soziale Hintergrund der jeweils ansässigen Wählerschaft ausschlaggebend war. Denn da keine gravierenden Unterschiede in der konfessionellen Zusammensetzung der einzelnen Stadtteile bestan-

den, lassen sich deutlich darauf zurückführende Abweichungen in den Wahlergebnissen nicht feststellen.

Ihre besten Ergebnisse erzielte die NSDAP in der Ladenburger Straße, wo eigenständige Handwerksbetriebe in Neben- oder Hintergebäuden der im Kaiserreich erbauten Wohnhäuser vorherrschendes Merkmal sind. Über diesen Werkstätten oder kleinen Einzelhandelsgeschäften lebten vor allem Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes. Landwirtschaftliche Bezüge gab es noch als kleinere Betriebe in den Nebenstraßen, beziehungsweise deshalb, weil die Häuser der nicht mehr hier wohnenden Landwirte noch gehörten. Ähnliche Strukturen mit hohem NSDAP-Stimmenanteil zeigten sich im alten Dorfkern in Handschuhsheim entlang der Mühlthalstraße. Dort bestimmten vor allem im kleinen, aber eigenen Haus wohnende Landwirte und Handwerker das Milieu.

Anders stellten sich die Hochburgen der Arbeiterstimmen dar. Hier sind zuerst der Pfaffengrund und der Kirchheimer Arbeiterbezirk 45 herauszustellen. Wesentliches Merkmal des Pfaffengrundes sind die kleinen Einzelhäuser, in denen zu etwa zwei Dritteln abhängige Beschäftigte (vor allem Schlosser) mit ihren Familien lebten. Die Kirchheimer KPD- und SPD-Wählerschaft, unter denen häufiger die Berufsbezeichnung „Hilfsarbeiter“ angegeben wurde, wohnte überwiegend in den Wohnblöcken der gemeinnützigen Baugenossenschaft. Wie sehr sozialer Status und Tradition das Wahlverhalten der Heidelberger Arbeiterschaft beeinflussten, zeigt die relativ geringe Anfälligkeit für die Nationalsozialisten. Trotz allem drang die NSDAP in der Folge der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch in die Heidelberger Arbeitergebiete vor. Und dennoch „in den Reichstagswahlen 1933 war der Pfaffengrund noch als einziger von 53 Heidelberger Stimmbezirken übriggeblieben, in dem die Wähler nicht den Nationalsozialisten den höchsten Stimmenanteil unter allen Parteien aus eigener Überzeugung zugebilligt hatten“ [6].

Analog zu den Stimmenanteilen bei Wahlen, steigerten sich auch die Mitgliederzahlen von NSDAP und SA in Heidelberg. Gab es 1927 nur etwa 50-70 in der Partei Organisierte, waren es 1932 bereits 1834. Allein während dieses Jahres verzeich-

nete die Partei ein 47 %iges Wachstum. Schon 1931 besuchten 150.000 Personen die 108 Veranstaltungen der örtlichen NSDAP. Die Heidelberger Parteigenossen setzten sich wie folgt zusammen: 51,1 % Arbeiter und Angestellte, 9,1 % Handwerker oder Beamte und 8 % Freiberufler. Damit entsprach die soziale Zusammensetzung der Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei in Heidelberg weitgehend der Sozialstruktur der männlichen Bevölkerung der Stadt, Aktivisten aus allen Schichten [7].

Wilhelm Ziegler, einer der bekanntesten Heidelberger SA-Männer und seit 1927 Führer des „Sturm 4“, schrieb 1933 rückblickend auf die Kampfzeit der Partei: „Aus kleinen Anfängen heraus entstanden in Heidelberg Partei und SA, die im Laufe der Jahre der Mittelpunkt unserer Arbeit in Nordbaden werden sollte. Von Mannheim bis Wertheim und von Bruchsal bis Weinheim marschierte die SA-Heidelberg für Adolf Hitler und das Dritte Reich. Heidelberg bildete die Jahre hindurch die stolze Trutzburg im Kampfe um unsere nationalsozialistische Weltanschauung“ [8].

Obwohl sich die Hitler-Partei aus einer parteipolitisch-orientierten Stadtpolitik zurückhielt und bei ihren Veranstaltungen noch allgemeinpolitische oder weltanschauliche Fragen thematisierte, besaß sie seit 16. November 1930 die Mehrheit im Stadtrat (7 Nationalsozialisten, 3 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, 2 Zentrumsabgeordnete sowie 4 Mitglieder kleinerer Parteien). Nach der Machtergreifung gelang es der NSDAP noch im Frühjahr 1933 durch die Einsetzung von Kommissaren, die Kommunen weitgehend gleichzuschalten. Nur 4 von 43 Oberbürgermeistern der Städte über 100.000 Einwohnern blieben im Amt. In Heidelberg verlief die „Säuberung“ und „Gleichschaltung“ ohne größeren Widerstand und wenig spektakulär. Das Rathaus wurde auch nach der Machtübernahme Robert Wagners am 11. März und dem Inkrafttreten des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 noch verschont. Anders dagegen beim Arbeitsamt, wo 7 Angestellte „ersetzt“ wurden, oder gar der Ortskrankenkasse, deren gesamte Leitung „beurlaubt“ wurde. Eine Änderung dieser zurückhaltenden Linie brachte erst das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ am 9. April 1933. Nach dem Ausschluß der jüdischen und „marxisti-

schen“ Ärzte aus den Ärztekammern und der Rechtsanwälte aus den Anwaltskammern, dem zentral geleiteten „Abwehrboycott“ gegen jüdische Geschäftsleute und dem Beginn der „Säuberung“ der Universität wurde auch die kommunale Selbstverwaltung gleichgeschaltet. Im Stadtrat wie im Bürgerausschuß wurde die zusammengeschrumpfte Opposition (die Kommunisten waren schon ausgeschieden) häufig schon gar nicht mehr eingeladen.

Äußere Zeichen sollten den Aufbruch der neuen Zeit dokumentieren. Der Stadtrat ging daran, einige Straßen- und Brückennamen umzubenennen. So wurde aus der Ernst-Walz-Brücke die Hindenburg-Brücke, aus der Friedrich-Ebert-Schule die Hindenburg-Schule. Aus dem gleichen Grund verlieh die Stadt dem Reichskanzler und Führer der NSDAP, Adolf Hitler, sowie dem Physik-Nobelpreisträger und „alten Kämpfer“ Philipp Lenard die Ehrenbürgerschaft.

Anfang Juni 1933 ging die „Säuberung“ des Rathauses weiter. Der ehemalige Ortsgruppenleiter und Mannheimer Kreisleiter, Gauinspektor Otto Wetzler, seit 1922 „Arbeiter des Führers“, wurde zum Bürgermeister ernannt. Die beiden bisherigen Amtsinhaber, Wieland und Amberger, traten „im Einvernehmen mit der NSDAP“ zurück. Vom 14. Juni bis 1. Juli beschloß der Stadtrat die Entlassung von 10 Beamten, 8 Angestellten und 37 Arbeitern aus städtischen Ämtern, Dienststellen und Betrieben. Die „Volksgemeinschaft“ vom 2. Juli 1933 veröffentlichte zynisch die Namen der Betroffenen, die „sich früher meist im marxistischen Sinne betätigt haben und größtenteils durch das rote Parteibuch eingestellt wurden“ [9]. Bis Mitte 1934 wurden insgesamt 76 Personen aus ihren Dienststellen entfernt, davon über die Hälfte aus rassistischen Gründen. Am 22. Juni 1933 erklärte Reichsinnenminister Frick mit Berufung auf die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 die SPD zur volks- und staatsfeindlichen Partei. Einen Tag später schloß Oberbürgermeister Dr. Neinhaus (die Nationalsozialisten hatten bei der Machtübernahme ihm gegenüber keinerlei Bedenken, er blieb im Amt und trat der Partei bei) die zu diesem Zeitpunkt ohnehin nur noch formal tätigen Stadträte der SPD von ihren Ämtern aus. Die „roten Hetzer“, Rausch und Klinger, waren die ersten, die am 25. Juni ins Konzentrationslager Kislau ver-

schleppt wurden. In den letzten Monaten des Jahres 1933 erfolgten über 50 weitere Festnahmen von Sozialdemokraten und Kommunisten. In der Regel waren es willkürliche Anschuldigungen und Denunziationen, die ausreichten, um nach Kislau oder vor das Mannheimer Sondergericht gebracht zu werden [10].

Literatur 2:

Frank Moraw

„Ich gestatte mir die Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister...“ Carl Neinhaus – Stadtoberhaupt in drei politischen Systemen

1. Die folgende Skizze orientiert sich an einem Vortrag, den der Verfasser im November 1994 im Heidelberger Geschichtsverein gehalten hat zum Thema 'Warum gibt es noch keine Biographie über den Heidelberger Oberbürgermeister Neinhaus?' Diesen Beitrag leitet ein Auszug aus einem Nachruf ein, den Karl Stauder in guter Kenntnis der Person Neinhaus in der Rhein-Neckar-Zeitung geschrieben hat, der aber die zentrale Frage umgeht, wie eine solche, in Deutschland wohl einmalige Kontinuität über drei Systeme hinweg in Heidelberg möglich war. Dem Medium der Ausstellung und auch ihrem zeitlichen Rahmen gemäß soll im folgenden die Erläuterung von drei Fotografien aus der Amtszeit von Carl Neinhaus (aus den Jahren 1933, 1936 und 1939) Schwerpunkt sein.
2. „Carl Neinhaus wurde als Sohn eines Pfarrers am 20. März 1888 in Rheinhausen am Niederrhein geboren. Er studierte in Bonn und Heidelberg, war in großstädtischen Spitzenpositionen tätig, bis er 1928 im Alter von 40 Jahren vom Bürgerausschuß zum Heidelberger Oberbürgermeister gewählt wurde. Bis 1945 führte er dieses Amt. Dann war er „im Exil“ in seinem Haus auf dem Königstuhl. 1950 kehrte er als Landtagsabgeordneter ins öffentliche Leben zurück. Er wurde zum Präsidenten der Verfassunggebenden Landesversammlung gewählt. 1952 wählten ihn die Heidelberger mit großer Mehrheit erneut zu ihrem Stadtoberhaupt, und nach Jahren wichtiger Aufbauarbeit unterlag er 1958 in einer unglücklichen Wahlkampagne seinem Nachfolger Weber.

So kannten wir ihn - souverän, ein Herr im Sinn des Wortes, „Heidelbergs letzter Kurfürst“, wie man ihn einmal im Scherz nannte, um seine Art, zu erscheinen, zu sprechen, zu verhandeln, zu charakterisieren. Wir hören noch heute seine zwingende Sprache, sein überzeugendes Argumentieren, das Widerspruch im Rathaussaal verstummen ließ.

Wir sehen noch immer das gewinnende Lächeln, erinnern uns aber auch an das Aufblitzen eines fast unterdrückten Triumphes, wenn man nach einer Redeschlacht meinte, der Gegner müsse auf einer Bahre aus dem Saal getragen werden.

Die Überlegenheit hatte ihre Berechtigung in einer in arbeitsamen Jahren erworbenen Sachkenntnis.“
(Rhein-Neckar-Zeitung vom 15. 1. 1965)

3. Die nationalsozialistische Bewegung in Heidelberg war radikal und aggressiv. Im März 1933, in der entscheidenden Phase der Machtergreifung in Baden, forderte sie auch hier die ganze Macht, obwohl sie bei den Reichstagswahlen Anfang des Monats ähnlich wie im Reichsdurchschnitt weniger als die Hälfte der Wähler für sich hatte gewinnen können. Die Heidelberger SA hißte noch in der Wahlnacht wie in anderen Städten auch die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus, um diesen Anspruch zu unterstreichen. Noch in derselben Woche in Karlsruhe verdrängte gleichzeitig ein Staatskommissar die gewählte republikanische Landesregierung - organisierten in der Hauptstraße und in der Sophienstraße SA-Trupps den Boykott von Kaufhäusern (Ehape und Woolworth), besetzten das Gewerkschaftshaus in der Rohrbacher Straße, verbrannten dort Bücher und Broschüren und nahmen entsprechende reichsweite Aktionen bereits vorweg.

Als die Heidelberger Nationalsozialisten die Straße beherrschten und dann auf Grund des Ermächtigungsgesetzes und des Gleichschaltungsgesetzes auch noch in den Städtischen Gremien für sich die absolute Mehrheit durchsetzten, wollten sie ihren Triumph krönen und Hitler zum Ehrenbürger machen. In der Stadtratssitzung vom 26. April wurde dieser Antrag zwar zurückgestellt und man mußte einigen anderen Städten den Vortritt lassen; aber am 23. Mai war es dann soweit: wie das Foto 1 zeigt, traten im ausgeschmückten Rathaus-Saal („mit Tannenreis und anderem Grün“, an der Frontseite „inmitten der Heidelberger, der badischen und der schwarz-weiß-roten Flagge das Hakenkreuzbanner“, flankiert von den Porträts Hindenburgs und Hitlers), begleitet vom Städtischen Or-

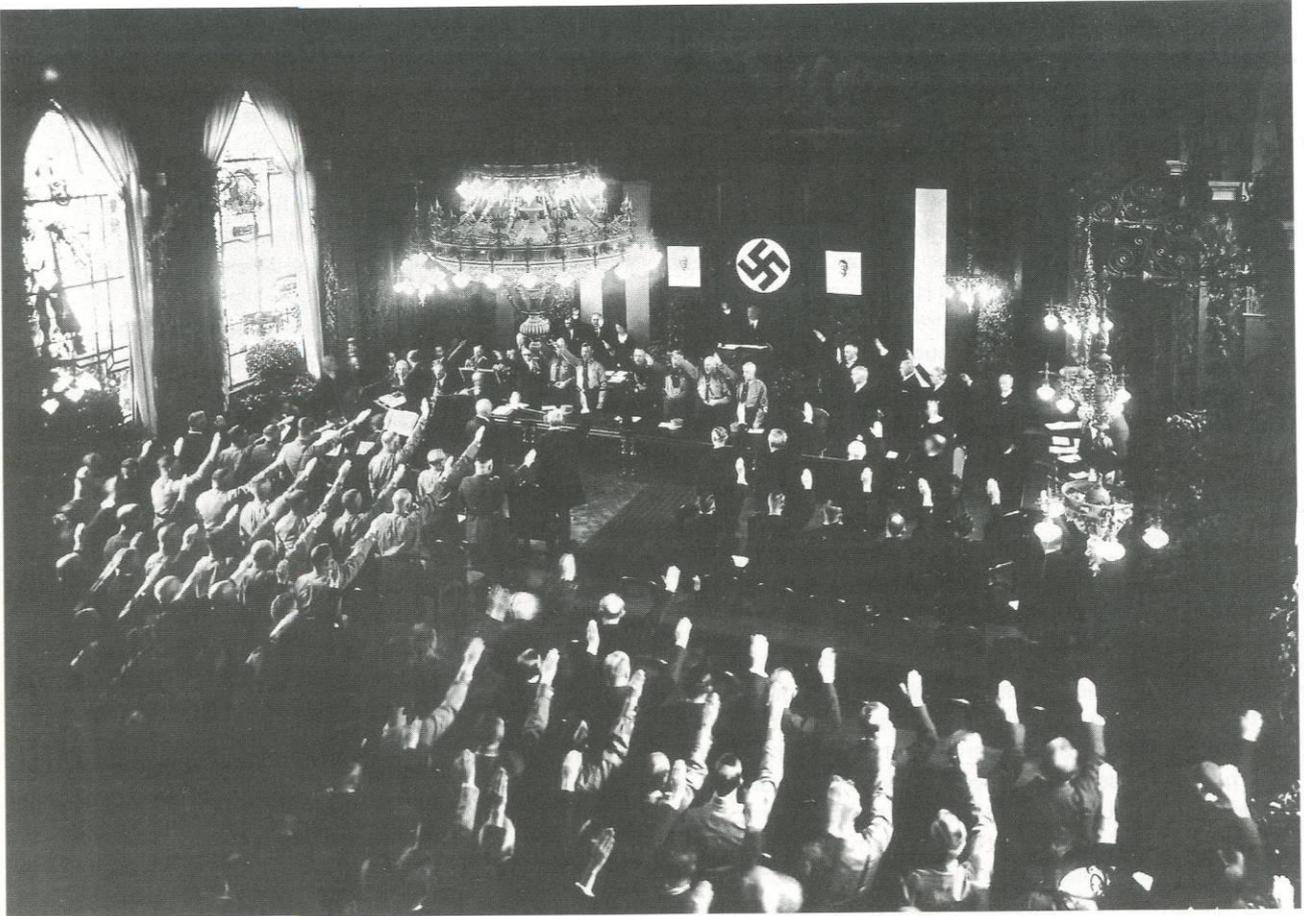


Abb. 1 Eröffnungssitzung des neuzusammengesetzten Stadtrates und des Bürgerausschusses zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Hitler und Philipp Lenard am 23. Mai 1933, AH 8300322.

chester, der neuzusammengesetzte Stadtrat und der Bürgerausschuß zur Eröffnungssitzung zusammen und verliehen einstimmig die Ehrenbürgerschaft an Hitler, dem „Neuerwecker des deutschen Volkes“, dem „Vernichter der zersetzenden Mächte undeutscher Sinnesart“, dem „Begründer der weltpolitischen Stellung Deutschlands“. Gleichzeitig wurde dem Heidelberger Physiker und alten Kämpfer für die NSDAP Philipp Lenard das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Mit den NSDAP-Vertretern, deren braune Uniformen das Bild beherrschten, stimmten die Stadträte des 'Kampfblocks schwarz-weiß-rot', des Zentrums und der Staatspartei; die SPD-Stadträte hatten ihr Mandat niedergelegt und waren nicht mehr vertreten - „zum erstenmal seit vielen Jahrzehnten“, wie die Lokalzeitung notierte. Oberbürgermeister Neinhaus (auf dem Foto 1: am Rednerpult) hatte zuvor in der Sitzung den neuen Stadträten den Eid abgenommen, ihr Amt „getreu der Reichs- und Landesverfas-

sung“ auszuüben. Daß die verfassungsmäßig vorgeschriebenen Reichsfarben schwarz-rot-gold bereits aus dem Rathaussaal verbannt waren, war anscheinend nicht mehr der Rede wert.

Auch in Heidelberg gab es keinen Widerstand gegen das Vorpreschen der Nationalsozialisten. Nur Professor Alfred Weber protestierte einsam, aber doch öffentlich in einem Leserbrief, den er an Oberbürgermeister Neinhaus richtete, gegen die rechtswidrige Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus: „Ich gestatte mir die Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister und die sonst verantwortlichen Instanzen, welche Gründe sie veranlaßt haben, das Verwaltungsgebäude der Stadt, in dem alle Bürger der Stadt gleiche Rechte haben, zum Gegenstand einer Parteimonstration werden zu lassen. Sollte keine genügende öffentliche Auskunft gegeben werden, so müßte ich annehmen, daß ich nicht mehr in einem Staat lebe, in dem alle Bürger gleichberechtigt sind.“ (Heidelberger Tageblatt vom 7. 3. 1933) - Weber erhielt keine Antwort. Neinhaus' Reaktion auf jene Machtergreifungsgeste, mit der die Standfestigkeit der Verteidiger der Republik getestet werden sollte, ist als „hilflos und doch förmlich korrekt“ [1] charakterisiert worden; jedenfalls versäumte er es, rasch und entschlossen die Polizei zu alarmieren und die Hakenkreuzfahne vom Rathaus entfernen zu lassen - wie es Alfred Weber an seinem Institut (Palais Weimar in der Hauptstraße 207-209) noch mit Erfolg praktiziert hat.

Gerade vor dem Hintergrund der Radikalität der Heidelberger Nationalsozialisten stellt sich die Frage, warum sie nicht auch hier wie in allen anderen badischen Städten (außer Weinheim) das Oberbürgermeister-Amt an sich gerissen haben, sondern Carl Neinhaus in⁴ Amt beließen. Bekanntlich war Neinhaus im Jahre 1928 als parteiloser Kandidat von allen Fraktionen des Bürgerausschusses (außer der KPD) gewählt worden. Zum Verfassungstag 1929 hielt er eine politisch kaum auffällige Rede (Heidelberger Tageblatt vom 12. 8. 1929), in der er um diejenigen warb, die der Weimarer Verfassung „noch teilnahmslos oder gar ablehnend“ gegenüberstanden und die allenfalls etwas konservative Kritik an Interessenzersplitterung und Vielpar-

teiensystem zum Ausdruck brachten. Nachdem Neinhaus dann am 1. Mai 1933 seinen Beitritt zur NSDAP vollzogen hatte, war dann schon im November 1933 ein Höhepunkt seiner Identifizierung mit dem neuen Regime erreicht. Jetzt warb er in der Stadthalle für die Volksabstimmung am 12. 11. 1933:

„Tun Sie alle, die einst im andern Lager standen, jetzt den Schritt, den Sie einmal tun müssen, - übertragen Sie dieses Gefühl für Ehre und Gleichberechtigung von einer Klasse allein, die es nicht gibt, auf das ganze Volk, dann sind sie Nationalsozialisten, die nur das eine wollen, daß dieses ganze große Volk in allen seinen Ständen Teil hat an den Gütern des geistigen und des wirtschaftlichen Lebens, - aber unter Ausschaltung aller derer, die nur mit leicht erworbenem Verdienst ein bequemes und genießerisches Leben führen wollen. Das ist der Sinn der großen Umwandlung...

Und in diesem großen Deutschland, für das es sich lohnt zu leben und zu arbeiten, hier herrscht ein Einziger. Vor 1933 mußte man, wie ich aus Erfahrung weiß, eine Stadt durch ein Chaos von Parteimeinungen, Regierungsansichten und Regierungswechseln hindurchsteuern. Im Büro hält es der Beamte, in der Werkstatt der Arbeiter für selbstverständlich, daß nicht zehn oder zwanzig Meinungen zu gelten haben, sondern daß einer bestimmt, damit es keine Unordnung gibt, - sollte es da im großen Deutschen Reich anders sein?“

Heidelberger Neueste Nachrichten vom 10. 11. 1933

Über Motive und Wirkung von Neinhaus' Verbleiben im Amt läßt sich folgendes zusammenfassen:

- Neinhaus hat sich selbst als „Fachmann der gemeindlichen Selbstverwaltung“ bezeichnet. Das war nicht nur spätere Selbststilisierung, sondern dem entsprach auch seine Parteilosigkeit vor 1933 und seine damals geäußerte skeptische Distanz gegenüber der Interessenpolitik der republikanischen Parteien.
- Neinhaus' Parteibeitritt 1933 war wohl eine Voraussetzung, um im Amt zu bleiben, und mußte somit keine

vollständige Identifizierung mit den Zielen der NSDAP bedeuten. Andererseits wurde jedoch der Systemwechsel geradezu beängstigend glatt mitvollzogen. Das zeigt, wie anfällig scheinbar ganz unpolitische Experten für die Propaganda waren, wonach die NSDAP gerade nicht partikuläre Interessen vertritt, sondern als klassenübergreifende Volksbewegung eine vollständige Alternative zum parlamentarischen Parteiensystem anzubieten habe. Auch andere Nationalkonservative wie z. B. Oberbürgermeister Goerdeler in Leipzig hielten mindestens bis zur Verabschiedung der Gemeindereform im Jahre 1935, an der Goerdeler mitwirkte – kommunale Selbstverwaltung für sinnvoll und notwendig, auch und gerade in einem autoritären Staat mit Einparteiensystem und Führerprinzip.

- Die Wirkung von Neinhaus' Parteieintritt ist wohl kaum zu überschätzen, insbesondere auf das gehobene Bürgertum, das der NSDAP oft noch abwartend gegenüberstand. Die Partei wurde auch in Heidelberg 'gesellschaftsfähig'. Die Anpassung an die neuen Machthaber schloß das opportunistische Schweigen zu den ungesetzlichen und gewalttätigen Aktionen ihrer militanten Gruppen auf Heidelbergs Straßen ein. Die Bevölkerung wiederum sah – auch das ein Irrtum – im bewährten Oberbürgermeister einen Garanten, daß diese scheinponanten Übergriffe nicht überhandnehmen würden. Zur gleichen Zeit fand auf Druck der Partei z. B. die Diskriminierungs- und Boykottpolitik gegenüber der jüdischen Minderheit bereits Eingang in die städtische Verwaltungspraxis.
- 4. Die erwähnte Gemeindereform des Jahres 1935 trug den Ansprüchen der NSDAP weitgehend Rechnung und räumte dem Kreisleiter, dem wichtigsten Parteifunktionär in einer Stadt wie Heidelberg, z. B. das Recht ein, alle zwanzig Ratsherren zu ernennen. Trotzdem belegt das Heidelberger Beispiel, daß auch auf dieser Grundlage die energische Selbstbehauptung eines Oberbürgermeisters gegenüber den Interventionen der Partei möglich war. Hier zeigte sich, daß Neinhaus seine alten Vorbehalte gegenüber den republikanischen Parteien in gewisser Weise auf die

NSDAP übertrug. Für diesen Machtkampf hatte Wilhelm Seiler von vornherein die schlechteren Voraussetzungen: aus einfachen Verhältnissen stammend, in der Altstadt aufgewachsen, war er als Lehrer tätig (zunächst im Pfaffengrund, dann als Rektor in der Wilckenschule, schließlich als Stadtschulrat) und stieg damals gerade zum Kreisleiter auf. Nachdem es in der Führung der Heidelberger NSDAP in den Jahren 1933 und 1934 einige Fluktuation gegeben hatte, galt Seiler nun zehn Jahre lang für die Bevölkerung der Stadt als der Repräsentant des Regimes. Aus dem jahrelangen Umgang mit ihm zog Neinhaus den Schluß, daß Seiler kein wirklich gefährlicher Nationalsozialist war:

„Daß in Widerspruch zu dieser meiner Einschätzung der Kreisleiter in der Heidelberger Öffentlichkeit oft anders beurteilt wurde, findet darin seinen Grund, daß er, wie das bei weichen und schwachen Männern oft der Fall zu sein pflegt, nach einem bekannten psychologischen Erfahrungsgesetz seine Weichheit und Schwäche durch besonders forsches Auftreten und besonders fanatische Reden überkompensieren das Bedürfnis empfand.“

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Neinhaus diese Auseinandersetzung mit dem Kreisleiter für sich entschieden hat. Gleich bei der Einführung der neuen Ratsherren im November 1935 reklamierte er das Führerprinzip extensiv für sich und machte klar, daß er die Rathauspolitik so weit wie möglich in der Hand behalten wollte:

„Der Führergedanke gilt insbesondere im Verhältnis zu Ihnen, meine Ratsherren. Die Zeit ist vorbei, in der ein Stadtrat als Vertretungskörperschaft bestand. Es gibt keinen Stadtrat mehr als Kollegium. Es gibt selbstverständlich keine Fraktion mehr oder sonstige schöne Überbleibsel aus der demokratischen parlamentarischen Zeit. Es gibt keine Abstimmung mehr. Das Mehrheitsprinzip ist restlos ausgelöscht.“

Ebenso und noch schärfer unterstellte er alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung dem Führerprinzip. Kontakte zwischen dem Rathaus und der Partei machte er grundsätz-

lich zur Chefsache. So gelang es Neinhaus, sich in fast allen Politikbereichen zu behaupten; und es gibt Anzeichen - in Briefen von Seiler an Neinhaus aus der Kriegszeit -, daß der Kreisleiter resignierte und durch die jahrelangen Konflikte zermürbt wurde.



Abb. 2 NSDAP-Kreisleiter Seiler, OB Neinhaus, zusammen mit Generalmajor Ritter von Schoberth und Polizeidirektor Henninger, in Zivil, im März 1936 am Heidelberger Güterbahnhof anlässlich der Rückkehr der Garnison nach Heidelberg, Privat.

Das Foto 2 stammt von Anfang März 1936 und wurde wahrscheinlich auf dem Heidelberger Güterbahnhof aufgenommen. Es dokumentiert die Rückkehr von Bataillonen des Infanterieregiments Nr. 110 in ihre Heidelberger Garnison. Wie die Besetzung des gesamten, seit dem Versailler Vertrag entmilitarisierten Rheinlands wurde dies als

spektakulärer Erfolg gefeiert; es war wohl eine der populärsten Entscheidungen Hitlers überhaupt. Nationale Euphorie, vielleicht auch die Erleichterung über den glücklichen Ausgang des Coups, der ohne ernsthafte Reaktion Frankreichs blieb, scheinen die Unterhaltung der Männer im Vordergrund zu bestimmen und persönliche Spannungen zu überdecken: von rechts nach links Kreisleiter Seiler, Oberbürgermeister Neinhaus, Generalmajor Ritter von Schoberth von der 33. Infanteriedivision und Polizeidirektor Henninger. An diesem Tag nationalen Überschwangs trug auch Neinhaus Partei-Uniform, was er sonst, wenn möglich, vermied.

5. In starkem Gegensatz dazu agierte Neinhaus im Bereich der „Judenpolitik“ von Anfang an eigentümlich orientierungslos. Für eine antisemitische Einstellung vor 1933 gibt es keinen Beleg. Aber schon in der Phase vor seiner formellen Bestätigung im Amt durch den Gauleiter Robert Wagner (am 6. Juni 1933) war er in dieser Frage - vergleichbar nur mit dem erwähnten symbolischen Akt der Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger am 23. Mai 1933 bereit, den nationalsozialistischen Forderungen weit entgegenzukommen; ja, wie der gut dokumentierte [2] Fall des ehemaligen Inhabers der Universitätsapothekes (in der Hauptstraße 114) Erich Loewenberg zeigt, war er bereit, ihnen sogar voranzueilen .

Am 30. März 1933 erfüllte der Heidelberger Stadtrat eine der zentralen Forderungen der NSDAP-Fraktion und schloß Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Konsumvereine von der Vergabe städtischer Aufträge aus. Aus diesem scheinbar mittelstandsfreundlichen Beschluß wurde bereits im Mai antisemitische Verwaltungspraxis. Das Wohlfahrtsamt der Stadt Heidelberg ergänzte die Gutscheine entsprechend, die es an die Wohlfahrtsempfänger ausgab: „Es werden nur die Rechnungen christlicher Geschäfte eingelöst.“ Damit führte die Stadt Heidelberg in gewisser Weise den Boykott weiter, der reichsweit an einem Tag, nämlich am 1. April 1933, von der SA durchgeführt worden war. Der Apotheker Loewenberg setzte sich mit Hilfe des bekannten Rechtsanwaltsbüros Marschall und Dr. Müller (im Hansahaus Rohrbacher Straße 9) gegen

die fortgesetzte Diskriminierung - zeitweise mit Erfolg - zur Wehr. Denn nachdem die Stadtverwaltung vergebens beim Badischen Gemeindetag, beim Deutschen Städtetag und beim badischen Innenministerium Rückendeckung gesucht hatte, mußte sie schließlich auf Weisung des Reichsinnenministerium (vom 2. August 1934) die Maßnahme gegen den jüdischen Apotheker rückgängig machen.

Die Rückkehr zum früheren Stand der Dinge ließ freilich die unmittelbaren Konkurrenten Loewenbergs nicht ruhen. Die badische Apothekenkammer mit ihrem Vorsitzenden Pg. Badstübner aus Heidelberg, der seine Apotheke in der Hauptstraße 170 betrieb, intervenierte ein Jahr später mit Unterstützung der NSDAP-Kreisleitung erneut beim Oberbürgermeister. Dieser schrieb daraufhin an das Innenministerium in Karlsruhe: „Ich trage keine Bedenken dem neuen Antrag stattzugeben“; erbat aber zugleich rechtliche Rückendeckung. Doch Loewenberg hatte bereits aufgegeben und seine Apotheke an einen nicht-jüdischen Nachfolger verkauft. Anfang 1937 wanderte er nach Brasilien aus.

Am Fall Loewenberg/Universitätsapothekerie fällt besonders das Lavieren des Oberbürgermeisters auf, das sich stark von der energischen Selbstbehauptung in anderen Politikbereichen unterscheidet. Weit entfernt von einem entschlossenen Eintreten für die jüdischen Mitbürger und ihre Gleichberechtigung, suchte man Rückendeckung bei höheren Verwaltungsinstanzen, die ihrerseits im politischen Neuland der „Judenpolitik“ gerne Entscheidungen auswichen. Die fast paradoxe und doch charakteristische Folge dieser Unsicherheit war nun, daß man anscheinend keinesfalls durch zögerliche Haltung auffallen wollte und im Zweifelsfall lieber die härtere Variante der Ausgrenzungspolitik praktizierte. So waren, wie man mit einem Bezug, der weit über Heidelberg hinausgeht, festgestellt hat, die konservativen Fachleute, die sich auf eine Kooperation mit den NS-Machthabern eingelassen hatten, in der Regel kein Rückhalt für die jüdischen Bürger; diese Beamten hätten versucht, „den nationalsozialistischen Massenorganisationen auf allen Gebieten des realen politischen

Handelns keinerlei Einfluß einzuräumen, sie (hätten) ihnen aber den Antisemitismus sozusagen als 'Spielwiese' überlassen [3].

Wie es scheint, hat Carl Neinhaus diese Gegebenheit schnell erkannt. Das bedeutete für ihn zunächst, bei den SA-Aktionen am Boykott-Tag 1933, wie später auch beim November-Pogrom 1938 [4] und bei der Deportation im Oktober 1940 keine Reaktion, erkennbar werden zu lassen; gegenüber Partei-Vorstößen, die Handeln der Stadtverwaltung verlangten, wie im Fall des Boykotts der Universitätsapothekerie, „keine Bedenken“ zu formulieren, auch wenn die Diskriminierung sogar unter den damaligen Umständen rechtlich unhaltbar war und der Praxis in anderen Städten vorausseilte. Diese Taktik war opportun, wenn es darum ging, von den neuen Machthabern im Amt bestätigt zu werden, und später - so paradox es klingen mag - wenn es darum ging, seine starke Position im Rathaus abzusichern. Die Sache der Heidelberger Juden hat er nicht zu seiner Sache gemacht. Das mindert den Glanz seiner Politik der Selbstbehauptung, auch wenn sich viele prominente Heidelberger um dieser Politik willen für ihn bei seinen beiden Spruchkammer-Verfahren eingesetzt haben. Und das erklärt die Schärfe im Urteil von Karl Jas-



Abb. 3 Überreichung des Ehrenbürgerbriefes der Stadt Heidelberg für Reichsminister Dr. Joseph Goebbels durch OB Neinhaus, am 12. Juli 1939, AH.

pers, dem ab 1937 die Lehrbefugnis an der Universität Heidelberg aberkannt worden war; für ihn war Neinhaus „ein typischer Mitläufer und unbedeutender Charakter, aber ein tüchtiger Bürgermeister.“

Auf dem Foto 3, vom 12. Juli 1939, verleiht Oberbürgermeister Neinhaus das Ehrenbürgerrecht der Stadt Heidelberg an Joseph Goebbels. Die Auszeichnung galt nicht nur mit lokalem Bezug dem „ehemaligen Studenten der Universität Heidelberg“ und dem „Schirmherrn der Reichsfestspiele in Heidelberg“, sondern auch dem „großen Pro-

pagandisten Deutschlands“ und dem „Hüter und Förderer der Künste“. Vermutlich hielt Neinhaus, dem im Rathaus neben der Personal- auch die Kulturverwaltung direkt unterstand, diese Ehrung im Zusammenhang mit den Festspielen für opportun. Daß er damit auch einen radikalen Antisemiten ausgezeichnete und den Hauptverantwortlichen z. B. für die Boykott-Aktion vom 1. April 1933 und für das Reichskristallnacht-Pogrom, das gerade ein halbes Jahr vorher auch in Heidelberg mit allen erschreckenden Begleitumständen stattgefunden hatte, war bekannt [5] oder wurde von vielen vermutet.

Anmerkungen:

- 1 *Herbert Hoffmann*, Im Gleichschritt in die Diktatur? Die nationalsozialistische 'Machtergreifung' in Heidelberg und Mannheim 1930 bis 1935. Frankfurt 1985, S. 129.
- 2 *Die Quellenlage ist ungünstig*. In einer gezielten Verbrennungsaktion wurden auf Anweisung des Oberbürgermeisters am 25.3.1945 im Kesselhaus des Rathauses nicht nur kriegswichtige, sondern auch politisch brisante Akten vernichtet, wie z. B. die Akten über die Durchführung des Gestzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.
- 3 *Arnold Paucker u. a. ed.*, Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1943. Tübingen 1986, S. 395.
- 4 *Frank Moraw*, Das November-Pogrom 1938 und die lokale Politik in Heidelberg. In: Giovanni/Bauer/Mumm (ed.), Jüdisches Leben in Heidelberg. Heidelberg 1992, S. 127 f.
- 5 *Vgl. z. B. Joseph Goebbels*, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. München 12. Aufl. 1936, S. 288 ff.

Literatur 3:

Recherchiere nach weiteren Informationen zu Carl Neinhaus auf folgender Seite:

[http://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-](http://www.leo-bw.de/web/guest/detail/)

[/Detail/details/PERSON/kgi_biographien/116908513/Neinhaus+Carl+Georg+Hermann](http://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgi_biographien/116908513/Neinhaus+Carl+Georg+Hermann)

unter Google: „Carl Neinhaus Leo BW“ > erster Link.

Literatur 4:

Recherchiere nach weiteren Informationen zu Alfred Weber auf folgender Seite:

<http://www.ub.uni-heidelberg.de/ausstellungen/625jahre2011/pdf/weber.pdf>

unter Google: „Alfred Weber Ausstellung“ > dritter Link > Lebenslauf Alfred Weber (pdf).

IV. „Der Nationalsozialismus übernimmt auch in Heidelberg die Macht“ (Volksgemeinschaft)

1. Das Ende der kommunalen Selbstverwaltung

Heidelberg gehörte zu den Städten, in denen die „Säuberung“ und „Gleichschaltung“ der Kommune ohne größeren Widerstand und auf „kaltem Wege“ verlief. Auch die Machtübernahme Robert Wagners am 11. März in Karlsruhe und das „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März 1933 hatten das Rathaus verschont; „Beurlaubungen“ oder gar Verhaftungen fanden zunächst nicht statt. Beim Arbeitsamt dagegen wurden am 27. März Regierungsrat Bühler und sechs weitere Angestellte „ersetzt“; bei der Ortskrankenkasse wurde am gleichen Tag die gesamte Leitung „beurlaubt“. Am Ende des Monats trat der Vorstand der Strafkammer für Handelssachen beim Heidelberger Landgericht, Landgerichtsdirektor Geißmar, zurück; er wurde durch den langjährigen Agitator für die Ziele der NSDAP, Landgerichtsrat Dr. R. Erb, ersetzt.

Eine neue und diesmal erheblich gründlichere „Säuberung“ setzte mit der Verkündung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ am 9. April 1933 ein. Nach dem Ausschluß der jüdischen und „marxistischen“ Ärzte aus den Ärzte- und der Rechtsanwälte aus den Anwaltskammern, dem zentral geleiteten „Abwehrboykott“ gegen jüdische Geschäftsleute und dem Beginn der „Säuberung“ der Universität wurde auch die kommunale Selbstverwaltung „gleichgeschaltet“. Dem neuen Stadtrat gehörten nach dem Ausscheiden der Kommunisten und aus Gründen der Kostenersparnis nurmehr sieben Mitglieder der NSDAP, je zwei des Zentrums und der SPD sowie ein Vertreter des Kampfblockes Schwarz-Weiß-Rot an. Damit verfügte die NSDAP, wie auch im Bürgerausschuß, über die absolute Mehrheit. Dennoch wurden die wenigen noch verbliebenen Vertreter der Opposition in der Zukunft zu Sitzungen häufig erst gar nicht eingeladen.

Äußere Zeichen sollten den Anbruch der neuen Zeit dokumentieren. Am 29. März 1933 beschloß der Stadtrat, einige Straßen und Brücken der Stadt umzubenennen. Die nach dem ehemaligen Heidelberger Oberbürgermeister benannte Ernst-Walz-Brücke hieß fortan Hindenburgbrücke; die Friedrich-Ebert-Schule wurde in Hindenburgschule umgetauft.

Wenig später verlieh die Stadt dem Reichskanzler und Führer der NSDAP, Adolf Hitler, sowie dem Nobelpreisträger der Physik und „altem Kämpfer“ Philipp Lenard die Ehrenbürgerschaft; im Jahre 1939 sollte der mittlerweile berühmt gewordene ehemalige Heidelberger Student Joseph Goebbels folgen.

Anfang Juni 1933 reorganisierte die Kreisleitung der NSDAP die Heidelberger Stadtverwaltung. Die beiden Bürgermeister Wieland und Amberger „schieden mit Ablauf der vertraglichen Amtszeit“ aus der Verwaltung aus bzw. traten „im Einvernehmen mit der ... NSDAP“ zurück. Gleichzeitig wurde der ehemalige Heidelberger Ortsgruppenleiter und Mannheimer Kreisleiter, Gauinspektor Otto Wetzels, seit 1922 „Arbeiter des Führers“, zum Bürgermeister ernannt. Anschließend begann die systematische „Säuberung des Rathauses“.

In seiner Sitzung vom 14. Juni beschloß der Stadtrat die vorläufige Beurlaubung von zehn Beamten; am 25. Juni folgte die fristlose Entlassung von elf Arbeitern aus den städtischen Betrieben. Am 1. Juli entließ die Stadtverwaltung weitere acht Angestellte und 26 Arbeiter. Bis Mitte des Jahres 1934 wurden insgesamt 76 Personen aus ihren Ämtern und Dienststellen entfernt; hiervon etwa die eine Hälfte aus rassistischen Gründen und die andere, weil sie nicht Gewähr geboten hatten „jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat“ einzutreten.

Am 22. Juni 1933 erklärte Reichsinnenminister Dr. Frick mit Berufung auf die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar die SPD zur volks- und staatsfeindlichen Partei. Einen Tag später schloß Oberbürgermeister Dr. Neinhaus die zu diesem Zeitpunkt ohnehin nur noch formal tätigen Stadträte der SPD von ihren Ämtern aus. Die „roten Hetzer“, wie sie von der gleichgeschalteten Presse häufig genannt wurden, Rausch und Klinger wurden am 25. Juni in das Konzentrationslager Kislau verschleppt. In den letzten Monaten des Jahres 1933 erfolgten über fünfzig weitere Festnahmen von Sozialdemokraten und Kommunisten. In der Regel waren es willkürliche Anschuldigungen oder Denunziationen, die ausreichten, um nach Kislau oder vor das Mannheimer Sondergericht gebracht zu werden.

Es fällt auf, daß Heidelberg zu den wenigen Städten des Deutschen Reiches gehörte, in denen das parteilose Oberhaupt der Stadtverwaltung nicht durch einen „alten Kämpfer“ ersetzt wurde. Dr. Carl Neinhaus, seit dem 21. Februar 1929 Oberbürgermeister, hatte sich bis zur Machtübernahme parteipolitisch nicht festlegen lassen, sondern verstand sich selbst als Technokrat, dem es ausschließlich um die Belange einer gut geführten Verwaltung ging. Es war ihm gelungen, sich mit der seit 1930 stärksten Fraktion im Stadtrat, der NSDAP, zu arrangieren. In seiner Stellungnahme aus dem Jahre 1941 beurteilte der spätere Kreisleiter der NSDAP, Wilhelm Seiler, das Verhalten von Neinhaus in den Jahren vor der „Machtergreifung“ mit folgenden Worten: „Im Gemeindeparlament hat er einigermaßen Verbindung zur NS-Fraktion gehalten, so daß es nie zu Konflikten kam“. Auffallend ist auch, daß die sonst extrem kämpferische NS-Presse den Oberbürgermeister nie direkt attackierte.

Im März 1933 verhielt sich Dr. Neinhaus zunächst korrekt im Sinne der Republik. Erst nach der „Machtergreifung“ äußerte er sich positiv zu den Maßnahmen der Nationalsozialisten und ließ in der Zukunft keine Zweifel an seiner Bereitschaft zur Kooperation mit der Partei aufkommen.

Das sich ausschließlich auf juristische Positionen stützende Selbstverständnis des Oberbürgermeisters läßt sich gut durch sein Verhalten anlässlich der Fahnenaktionen der NSDAP im März 1933 dokumentieren.

Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse des 5. März hißte die SA auf Befehl der SA-Untergruppe Baden gegen vier Uhr morgens widerrechtlich die Hakenkreuz- und die schwarz-weiß-rote Fahne am Heidelberger Rathaus. Gegen sieben Uhr wurde sie vom Hausmeister entfernt. Daraufhin rief SA-Standartenführer Willy Ziegler Neinhaus in dessen Privatwohnung an und bat ihn, die Fahnen wieder anbringen zu lassen. Als dieser ablehnte, erschien die SA kurz darauf wieder am Rathaus, zwang den Hausmeister zur Herausgabe der Fahnen und hißte sie von neuem. Neinhaus rief daraufhin nicht, wie es sein Recht und seine Pflicht gewesen wäre, die Polizei, sondern telefonierte mit dem Mannheimer Landeskommisar Scheffelmaier und fragte, ob die badische Regierung bereit sei, ihm Polizeischutz bei der Entfernung zu gewähren. Scheffelmaier lehnte mit dem Hinweis, Blutvergießen sei auf jeden Fall zu vermeiden, ab. Kurz nach Mittag übermittelte die Regierung über Funk die Direktive, daß bereits gehißte Flaggen bis zum Abend belassen werden sollten. Der Innenminister hatte offensichtlich darauf gehofft, hierdurch eine gütliche Einigung mit der NSDAP zu erzielen. Da sich auch der Heidelberger Polizeidirektor an den Funkpruch gebunden fühlte, beschränkte sich Neinhaus – vergeblich – darauf, die Leitung der Heidelberger NSDAP zu bitten, ihre Flaggen zu entfernen. Der einzige, der gegen die Flaggenhissungen in Heidelberg öffentlich protestierte, war Professor Alfred Weber.

In der ersten Gemeinderatssitzung im April 1933 erklärte Dr. Neinhaus ganz im Sinne der Nationalsozialisten, daß Aufträge über städtische Lieferungen an Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Konsumvereine und Großfilialbetriebe eingestellt würden. Wenig später wurde diese Maßnahme auch auf den „jüdischen Einzelhandel“ ausgedehnt. Am 1. Mai trat Dr. Neinhaus der NSDAP bei. Zwei Wochen später stellte er einen Antrag auf einstweilige Beurlaubung. Hiermit sollte der NSDAP die Möglichkeit gegeben werden, die Leitung der städtischen Verwaltung zu reorganisieren. Am Anfang des Monats hatte der Gauinspektor der NSDAP für Nordbaden, Otto Wetzels, in einer Rundfunkrede die Ablösung aller aus der „Systemzeit“ übernommenen Bürgermeister verlangt. Ob sich die NSDAP tatsächlich nach einer Alternative zu Neinhaus umgesehen hat, bleibt unklar; am 9. Juni erklärte die Kreisleitung der NSDAP in der „Volksgemeinschaft“: „Der Reichsstatthalter hat den Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Dr. Neinhaus, ersucht, das vor einigen Wochen eingereichte Urlaubsgesuch zurückzuziehen. Der Oberbürgermeister hat dem Ersuchen entsprochen. Der Reichsstatthalter hat zugleich die während der vergangenen Jahre bewiesene positive Einstellung des Oberbürgermeisters zur nationalsozialistischen Bewegung und die langjährige Zusammenarbeit zwischen diesem und der NS-Rathausfraktion in Heidelberg anerkannt und ihm das Vertrauen der Badischen Staatsregierung versichert. Dr. Neinhaus gilt damit für die Wahlzeit als in seinem Amt

bestätigt.“ Wenig später ernannte die neue Landesregierung den Heidelberger Oberbürgermeister zum Vertreter des Landes Baden beim Reich.

Damit war, ohne größere Zwischenfälle und Eklats, die Gleichschaltung und „Säuberung“ der städtischen Verwaltung Heidelbergs bis zum Sommer des Jahres 1933 abgeschlossen.

Literatur:

1.

Matzerath, Horst: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, Bd. 29), Stuttgart 1970

Matzerath, Horst: Oberbürgermeister im Dritten Reich. Auswertung einer quantitativen Analyse. In: Schwabe, Klaus (Hg.): Oberbürgermeister (Büdingers Forschungen zur Sozialgeschichte), Boppard 1979, S. 157-199

Rehberger, Horst: Die Gleichschaltung des Landes Baden 1932/33, Heidelberg 1966

Schnabel, Thomas (Hg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 6), Stuttgart 1982

2.

Demm, Eberhard: Zivilcourage im Jahre 1933. Alfred Weber und die Fahnenaktionen der NSDAP. In: Heidelberger Jahrbücher XXVI, 1982, S. 69-80

Hoffmann, Herbert: Die nationalsozialistische Machtergreifung in Heidelberg und Mannheim. Ein vergleichende Untersuchung, 1930 bis 1935, phil. Diss., vorauss. Erscheinungsdatum Mannheim 1983, bes. S. 230-271

Literatur- und Quellenverzeichnis

Quelle 1: Protokoll der Heidelberger Stadtratssitzung, 09.03.1933, in: Entnazifizierungsakte Neinhaus Anlage I Nr. 4, aus: Generallandesarchiv Karlsruhe, Signatur: 59/1/13754, 465 a Heidelberg, zitiert nach: Ferdinand, Horst: Carl Neinhaus. 1888-1965. Aspekte einer umstrittenen Biographie, Sankt Augustin 2002, S. 17f.

Quelle 2: Volksgemeinschaft, 10.03.1933, in: Auf dem Weg zur Macht. Zur Geschichte der NS-Bewegung in Heidelberg 1920-1934. Dokumente und Analysen, hrsg. v. Christian Peters/Arno Weckbecker, Heidelberg 1983, S. 204f.

Quelle 3: Heidelberger Tageblatt, 07.03.1933, in: Auf dem Weg zur Macht. Zur Geschichte der NS-Bewegung in Heidelberg 1920-1934. Dokumente und Analysen, hrsg. v. Christian Peters/Arno Weckbecker, Heidelberg 1983, S. 206f.

Quelle 4: Volksgemeinschaft, 11.03.1933, in: Auf dem Weg zur Macht. Zur Geschichte der NS-Bewegung in Heidelberg 1920-1934. Dokumente und Analysen, hrsg. v. Christian Peters/Arno Weckbecker, Heidelberg 1983, S. 207f.

Quelle 5: Volksgemeinschaft, 22.03.1933, in: Auf dem Weg zur Macht. Zur Geschichte der NS-Bewegung in Heidelberg 1920-1934. Dokumente und Analysen, hrsg. v. Christian Peters/Arno Weckbecker, Heidelberg 1983, S. 208f.

Quelle 6: Heidelberger Tageblatt, 04.03.1933, in: Auf dem Weg zur Macht. Zur Geschichte der NS-Bewegung in Heidelberg 1920-1934. Dokumente und Analysen, hrsg. v. Christian Peters/Arno Weckbecker, Heidelberg 1983, S. 220.

Quelle 7: Verfügungen des Oberbürgermeisters, in: Stadtarchiv Heidelberg, Signatur: 21b/2/2.

Quelle 8: Volksgemeinschaft, 26.06.1933, in: Damit nichts bleibt wie es ist, hrsg. v. Industriegesellschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland/Verwaltungsstelle Heidelberg, Kösching 1986, S. 208f.

Quelle 9: Personalakten Bürgermeister Rausch, in: Stadtarchiv Heidelberg, Signatur: 19c/2.

Quelle 10: „Heidelberg die frühe NS-Hochburg“, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 30.01.2013, online via:

http://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-Heidelberg-die-fruehe-NS-Hochburg-_arid,45149.html (21.02.2016).

Quelle 11: Foto Carl Neinhaus, in: Ferdinand, Horst: Carl Neinhaus. 1888-1965. Aspekte einer umstrittenen Biographie, Sankt Augustin 2002.

Quelle 12: Foto Adolf Rausch, in: Amtsanzeiger, 22.12.1967, in: Stadtarchiv Heidelberg, Signatur: ZGS 2/183, Blatt 1.

Material 1: Reichstagswahlen 1919-1933 in Heidelberg/Baden/Reich, in: Auf dem Weg zur Macht. Zur Geschichte der NS-Bewegung in Heidelberg 1920-1934. Dokumente und Analysen, hrsg. v. Christian Peters/Arno Weckbecker, Heidelberg 1983, S. 347.

Material 2: Grab von Carl Neinhaus, online via:

https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/14/Carl_neinhaus_grab.JPG
(05.03.2016).

Literatur 1: Heber, Thomas: „Der Nationalsozialismus übernimmt auch in Heidelberg die Macht“. Aspekte der Machtergreifung in Heidelberg, in: Verführt und Verraten. Jugend im Nationalsozialismus. Bruchstücke aus der Region, hrsg. v. Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg, Heidelberg 1995, S. 33-36.

Literatur 2: Moraw, Frank: „Ich gestatte mir die Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister...“ Carl Neinhaus – Stadtoberhaupt in drei politischen Systemen, in: Verführt und Verraten. Jugend im Nationalsozialismus. Bruchstücke aus der Region, hrsg. v. Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg, Heidelberg 1995, S. 77-82.

Literatur 3: Lebenslauf von Carl Neinhaus, online via:
http://www.leo-bw.de/web/guest/detail-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/116908513/Neinhaus+Carl+Georg+Hermann
(05.03.2016).

Literatur 4: Lebenslauf von Alfred Weber, online via:
<http://www.ub.uni-heidelberg.de/ausstellungen/625jahre2011/pdf/weber.pdf> (05.03.2016).

Literatur 5: Auf dem Weg zur Macht. Zur Geschichte der NS-Bewegung in Heidelberg 1920-1934. Dokumente und Analysen, hrsg. v. Christian Peters/Arno Weckbecker, Heidelberg 1983, S. 200-204.